Nr. 174 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 87

Abend-Ausgabe

Groß-Berlin 50 Pf.
auswärts 60 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 90.— M., monatl. 30.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 30.— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Westpolen, Oesterreich u. Luxemburg 64.— M., für das übrige Ausland 82.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 12.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 2.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 2.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 6.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195–97, Expedition Moritzplatz 11753–54

Mittwoch, den 12. April 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753–54

Lloyd George für zehnjährigen Burgfrieden.

Genua, 12. April. (EE.) Lloyd George hat die Absicht, den Antrag zu stellen, daß von allen auf der Konferenz vertretenen Staaten ein Vertrag abgeschlossen werde, der auf zehn Jahre lauten müsse. Durch diesen Vertrag müßten sich diese Staaten verpflichten, sich aller gegenseitigen Angriffe zu enthalten. Lloyd George verweist darauf, daß in den Resolutionen von Cannes bereits eine prinzipielle Erklärung vorliege, daß ein solcher Vertrag abgeschlossen werden könne. Diese prinzipielle Erklärung sollte aber durch Abschluß eines wirklichen Vertrages erweitert werden. Eine politische Sicherheit in Europa könne nur geschaffen werden, wenn gegenseitiges Vertrauen herrsche. Dies wäre möglich, wenn die Staaten sich verpflichteten, ihre jetzt bestehenden Grenzen auf zehn Jahre anzuerkennen. Dann würde der Kredit wiederhergestellt, die Valuten stabilisiert und die Finanzlage der Staaten erleichtert sein, weil die Mächte teilweise abrüsten könnten. Irgendwelche Strafmaßnahmen im Falle des Bruchs dieses Vertrages sieht Lloyd George nicht vor.

„Echo de Paris" knüpft an diesen Vorschlag die Bemerkung, Lloyd George hoffe, auf diese Weise allen Kräften, die in Europa für die allgemeine Abrüstung arbeiteten, einen ungeheuren Antrieb geben zu können. Da die russische Abrüstung nicht nachprüfbar sei, die deutsche nur theoretisch vollzogen und die englische bereits ausgeführt sei, werde sich das Unternehmen nur gegen Frankreich richten. Frankreich solle eben der notwendigen Kräfte zur Durchführung der Verträge beraubt werden.

„Daily Chronicle" schreibt in einem Leitartikel, man müsse sich die Tatsache vor Augen halten, daß der Friede niemals gewahrt werden könne, wenn die Nationen nicht bereit seien, ihre Rüstungen herabzusetzen. Die Reparationsfrage sowie die Frage der alliierten Schulden sei wahrscheinlich klugerweise nicht in das Programm der Genueser Konferenz aufgenommen worden, aber der feste Entschluß, die Genueser Zusammenkunft zu einem Erfolg zu gestalten, setze auf seiten der Alliierten den Willen voraus, diese privaten Probleme, die so eng mit den übrigen verknüpft seien, in Angriff zu nehmen. Die Abordnungen in Genua müßten sich auch stets vor Augen halten, wie sehr dies in der Zukunft von der Mitwirkung der Vereinigten Staaten abhängen werde. Es sei wünschenswert, daß die unmittelbaren Probleme Europas in einer Weise geregelt werden, die die künftige Mitwirkung der Vereinigten Staaten erleichtere.

Der sehr gut unterrichtete „Student of Politic" schreibt im „Daily Chronicle" aus Genua: Rußland habe nicht nur die Bedingungen von Cannes angenommen, sondern auch dadurch, daß es sich bereit erklärte, abzurüsten, die europäischen Rüstungsanhänger ihrer hauptsächlichsten Gegengründe beraubt. Frankreich habe sich in Genua vor der Welt vollkommen als Aufrechterhalter der Rüstungen und der kriegerischen Gesinnung gezeigt. Die Franzosen wüßten, daß sie am Eröffnungstage der Konferenz Fehler begangen hätten, und gäben jetzt vor, daß sie mit der Wendung, die die Erörterung genommen habe, zufrieden seien, nachdem Lloyd George die Abrüstung ausgeschaltet habe. Dabei habe Lloyd George gerade im Gegenteil festgestellt, daß die Abrüstung sein Ziel sei, und nur weil er dies erreichen wolle, habe er das enge Tor der Entschließung von Cannes passiert. Lloyd George habe Tschitscherin zurechtgewiesen wegen seiner Taktik, die wahrscheinlich den Franzosen zugute gekommen wäre, aber nicht wegen seiner Ideale.

Der Chefredakteur der „Times", Wickham Steed, drahtet seinem Blatt aus Genua, dem Beschluß Tschitscherins, die Grundlagen von Cannes anzunehmen, seien eingehende Verhandlungen zwischen den Bolschewisten und Italienern vorausgegangen. Der Versuch, die Abrüstungsfrage aufzuwerfen, soll sowohl die italienische wie die britische Abordnung überrascht haben. Sir Robert Horne habe, wie weiter berichtet wird, den Vertretern der britischen Presse am Dienstagmorgen seine Hoffnung ausgedrückt, daß es möglich sein werde, von allen in Genua vertretenen Nationen eine endgültige Zusicherung zu erlangen, sich während eines bestimmten Zeitraumes aller gegenseitigen Angriffe zu enthalten. Horne scheine der Ansicht gewesen zu sein, die erste Kommission sei etwas Größeres als der Völkerbund, obgleich sie in keiner Weise den Völkerbund verdränge.

Die russische Frage.

Genua, 12. April, 5 Uhr vorm. (Sonderbericht des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes".) Auch der Dienstag brachte ernsthafte Bemühungen Englands und Italiens, die Konferenz zu einem positiven Ergebnis zu führen. Die Bildung einzelner Kommissionen, die gestern vorgenommen wurde, gab der englischen und italienischen Delegation mehrfach Gelegenheit, vermittelnd einzugreifen. Unverkennbar arbeiteten dagegen die französischen Vertreter konsequent darauf hin, den bestehenden Gegensatz zu Rußland zu verschärfen. Ob die Konferenz für das Ziel der französischen Wünsche empfänglich ist, läßt sich noch nicht übersehen. Man hört immer wieder, daß der englischen Regierung das russische Problem zu sehr am Herzen liege, als daß sie einer gesuchten Lappalie wegen auf die Fortsetzung der Konferenz verzichten würde.

Die russische Frage wird der Gesamtkonferenz vorläufig das Gepräge geben. England hat der Unterkommission des ersten allgemeinen Ausschusses eine umfangreiche Denkschrift über den Wiederaufbau Rußlands vorgelegt, die auf alle Einzelheiten eingeht. Da die russische Delegation einige Zeit zum Studium der Denkschrift verlangt, wird erst am Donnerstag mit der Besprechung des Wiederaufbaues Rußlands begonnen werden. Deutschland ist jetzt durch diese Besprechungen genötigt, die bisher geübte abwartende Haltung, die Klugheitsrücksichten entsprach, durch eine aktive Politik zu ersetzen. Die Frage der deutschen Kriegsentschädigung an Rußland, die in der englischen Denkschrift nicht zu unseren Gunsten behandelt sein soll, fordert schon eine Neueinstellung entgegen der bisherigen Stellungnahme. Die Genueser Konferenz ist mit dem Beginn der Beratungen über Rußland in ein entscheidendes Stadium getreten. Von dem Ausgang dieser Besprechungen wird das endgültige Ergebnis wesentlich beeinflußt.

Die Stellung, die die deutschen Vertreter in den einzelnen Kommissionen einnehmen werden, ist, soweit Finanz- und Wirtschaftsfragen in Betracht kommen, bereits in Berlin eingehend geklärt worden. Bei den Vorberatungen in der Heimat wurden Richtlinien aufgestellt, die von den deutschen Delegierten sowie Sachverständigen gestern nochmals überprüft worden sind. Besonderer Wert wird den Richtlinien für Finanzfragen zugeschrieben, da sie zur Behebung des Finanzelends neue Wege zeigen.

•

In der „B. Z. a. M." berichtet Diplomaticus über einen Antrag Frankreichs in der politischen Unterkommission, das unabhängige Georgien zur Konferenz zuzulassen. Tschitscherin erklärte darauf, Sowjetrußland sei in seinem ganzen heutigen Umfange, der Georgien miteinschließe, nach Genua eingeladen worden. Damit sei dieser Besitzstand anerkannt. Wenn noch einmal das Wort Georgien falle, verlasse er augenblicklich den Saal. Daraufhin wurde der Antrag fallen gelassen — Frankreich scheint es sehr eilig zu haben, Mißerfolge einzuheimsen.

Die Haltung der französischen Delegation.

Paris, 12. April. (WTB.) Die Agence Havas meldet aus Genua: In französischen Konferenzkreisen glaubte man gestern vormittag nicht, daß der durch den Vorschlag Tschitscherins in der vorgestrigen Vollsitzung der Konferenz veranlaßte Zwischenfall weitere Folgen für die Zukunft der Konferenz haben werde. Wenn in den nächsten Tagen aber irgendeine Abordnung auf diese Vorschläge auf Umwegen, durch Gegenvorschläge oder Zusatzanträge zurückkommen würde, die mit den Vereinbarungen in Widerspruch stehen, so würde die französische Abordnung im vollen Einverständnis mit dem Chef der französischen Regierung ihr Veto einlegen.

Eine Saardelegation in Genua.

Genua, 12. April. (EP.) In Genua ist eine Abordnung von politischen und Finanzpersönlichkeiten aus dem Saargebiet eingetroffen. Sie begab sich nach dem Cittadino, um bei der Konferenz Vorstellungen zu erheben gegen die Besetzung des Saargebietes durch die Franzosen und eine Reihe von Klagen über das Verhalten der Besatzungstruppen vorzubringen.

Der Minderheitenschutz in Polen.

Genf, 12. April. (WTB.) Das Völkerbundsekretariat teilt Einzelheiten mit zu dem Protest des Deutschtumbundes für den Schutz der Minderheiten in Polen gegen die Enteignung deutscher Ansiedler sowie die polnischen Gegenerklärungen auf die Beschlüsse des Völkerbundrates in dieser Angelegenheit. Danach wurde den Polen zunächst eine Frist bis zum 1. Mai 1922 vorgeschrieben, vor deren Ablauf eine Vertreibung der deutschen Ansiedler in Polen nicht gestattet sei. Eine erneute Prüfung der deutschen Beschwerden führte dazu, daß der Völkerbundrat in seiner letzten Tagung den Polen nochmals eine Hinausschiebung der Frist bis 1. Oktober 1922 vorschlug. Der polnische Vertreter auf dieser Tagung, Askenasy, erklärte, daß er diese Anregung seiner Regierung übermitteln werde und daß diese wahrscheinlich im Rahmen des möglichen versuchen würde, ihr Folge zu leisten.

Dollarkurs wieder höher.

Die Nachrichten über die ersten Schwierigkeiten bei den Kommissionsverhandlungen in Genua bestätigten die schon gestern an der Berliner Börse bestandenen Vermutungen. Man nimmt an, daß die Konferenz in dem Maße sich schwieriger gestaltet, wie man zu Verhandlungen in Einzelheiten übergeht. Der Devisenmarkt zeigte heute eine bemerkenswerte Festigkeit. Der Dollar wurde um die Mittagsstunde mit 295½ gehandelt. Auch am Effektenmarkt war die Stimmung wesentlich fester, obwohl bis zur Osterpause nur noch ein Börsentag stattfindet. Auf verschiedenen Gebieten des Wertpapiermarktes zeigt sich eine Erholung, die sich voraussichtlich nach Ostern wesentlich deutlicher ausprägen wird.

Sorgen der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

In allen Ländern mit „Edelvaluta" ist die wirtschaftliche Lebenskraft unterbunden. Die Schweiz leidet unter ihrem hohen Geldwert aber mehr als andere Länder, weil sie fast ausschließlich auf den Export vor Erzeugnissen ihrer Qualitätsindustrie angewiesen ist. Im Lande gibt es weder Kohlen noch Erze noch günstiges Ackerland. Abgesehen von den Wasserkräften, der sogenannten weißen Kohle, die erst durch sehr kostspielige Anlagen voll ausgenutzt werden kann, müssen alle Rohstoffe eingeführt werden. Aus diesen Verhältnissen heraus entwickelte sich eine hochwertige Qualitätsindustrie (Uhren, elektrische Maschinen, Dampf- und Wasserturbinen, Stickereien). Diese Industrie verstand es, sich durch den früher vorbildlichen Ausbau des Schulwesens die für diese Industrie nötigen Arbeiter und Techniker heranzubilden.

Die Arbeitsmöglichkeit für eine solche Industrie ist unter den heutigen Verhältnissen aber vollständig unterbunden. Qualitätsarbeit — an und für sich schon teuer — wird unbezahlbar in Schweizer Franken. Die Folge davon ist Arbeitslosigkeit. Dazu kommt ein durch den Krieg kräftig gewordenes, geschultes und wirtschaftlich gut organisiertes Bauerntum, das über einen verhältnismäßig großen politischen Einfluß verfügt. Unter der Führung des Professors Lauer — Bauernkönig genannt — gelang es den Bauern, für den Verkauf ihrer Produkte einheitlich geregelte, günstige Bedingungen zu erzielen, das heißt, die Preise hoch zu schrauben. Als die durch den Krieg erzeugte Absperrung der Grenzen mit dem Ende des Krieges aufhörte, konnten die Bauern dadurch, daß sie den Kampf zwischen Arbeitern und Kapital um die Oeffnung des Bankgeheimnisses ausnützten, einen Zolltarif durchsetzen, der die Konkurrenz der Weltmarktpreise abhielt.

So waren die Lebensmittel und alle übrigen Produkte teurer als auf dem Weltmarkt. Die Industrie glaubte die Löhne abbauen zu müssen, um wieder auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können. Die Arbeiter hingegen verlangten erst billigere Lebensmittel. Inzwischen wuchs die Arbeitslosigkeit weiter. Alle Notstandsarbeiten, alle staatlichen Unterstützungsmaßnahmen, die auf politischem Wege von der Arbeiterschaft erzwungen wurden, konnten das immer größer werdende Elend nicht bannen. Es gibt heute eine große Anzahl leistungsfähiger Arbeiter, die schon über ein Jahr vollständig arbeitslos sind.

Jetzt beginnt die eigentümliche Starre des Wirtschaftslebens der Schweiz sich langsam zu lösen. Die Preise fangen an zu bröckeln und zu sinken. Die Unternehmerverbände konnten schon früher den noch zwei bis drei Tage pro Woche beschäftigten Arbeitern die Teuerungszulagen abzwacken und dadurch den Lohn kürzen.

Die Landwirtschaft, deren Milch das Hauptnahrungsmittel der Schweizer bildete — eine 4—5köpfige Familie verbrauchte in normalen Zeiten drei bis vier Liter pro Tag, und Margarine war bis vor wenigen Jahren fast unbekannt, weil in jedem Haushalt möglichst mit Butter gekocht und gebacken wurde —, half sich durch Aufzucht von Kälbern, als der Milchabsatz stockte. Jetzt ist der Viehbestand größer, als die Futtermittel es gestatten, und Fleisch kann ebensowenig wie Milch gekauft werden. Auch die Landwirte müssen jetzt verkaufen. Infolge der Lockerung der Preise kauft aber erst recht niemand, weil jeder hofft, die Waren würden noch billiger. Die Lebensmittel gingen teilweise schon um 25 Proz. herunter. Während in Deutschland jeder so viel als möglich einkauft, um sein minderwertiges Geld loszuwerden, wird in der Schweiz nur das Allernötigste angeschafft. Daher geht immer mehr Geschäften und Betrieben die Luft aus.

Noch sind — abgesehen von der Hotelindustrie, die schon längst fast rettungslos dahinsiecht — erst wenige Zusammenbrüche zu verzeichnen. Aber der Zeitpunkt scheint immer näher zu rücken, wo ein allgemeines Zusammenkrachen von Banken, Geschäftshäusern und auch Landwirtschaftsbetrieben eintreten muß. Besonders in der Landwirtschaft ist die Lage sehr gespannt, weil viele Betriebe in der Zeit der Hochkonjunktur sich übernommen haben.

Aus ihrer Notlage heraus ist es begreiflich, daß die Schweizer ein hohes Interesse an der Konferenz in Genua haben, von der auch sie eine Entspannung der Weltkrise erwünschen. Die schweizerische Politik, die am Ende des Krieges und am Anfang der Revolution fast vollständig nach Frankreich orientiert war, weil man vom „Sieger" Aufträge und Verdienst erhoffte, beginnt sich lebhafter für die Revision des Versailler Friedensvertrages zu interessieren. Auch ihr wirtschaftliches Dasein ist davon abhängig. Das ist für Deutschland insofern nicht unwichtig, als die Schweiz durch ihre alten internationalen Beziehungen einen gewissen Einfluß auf die Neutralen auszuüben vermag, die jetzt damit beginnen, sich zusammenzuschließen, um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verschaffen.

Die neue „Freiheit"-Redaktion.

Die „Freiheit" teilt an der Spitze ihrer heutigen Morgenausgabe folgendes mit:

Mit der vorliegenden Nummer hat auf Wunsch der Berliner Parteileitung im Einverständnis mit der Zentralleitung der Partei der Genosse Dittmann die Chefredaktion der „Freiheit" und damit gegenüber der Berliner Parteigenossenschaft die Verantwortung dafür übernommen, daß die Redaktion im Sinne der Parteitagsbeschlüsse geführt wird. Gleichzeitig sind die bisherigen Mitglieder der Redaktion auf ihren Wunsch ausgeschieden und an ihre Stelle neue Redakteure eingetreten.

Die Ausscheidenden, deren Namen von der „Freiheit" nicht wiedergegeben werden, sind Hilferding, Herz, Prager, Seidel, Liebschütz, Rabold, A. Stein und Schwarzkopf. Wie die schwierige Frage des Ersatzes gelöst worden ist, teilt die „Freiheit" gleichfalls nicht mit. Bekannt ist nur, daß Marchionini aushilfsweise in die Redaktion eintreten soll. Als Verantwortlicher zeichnet Emil Rauch, der früher in Zittau und in letzter Zeit beim „Unabhängigen Zeitungsdienst" beschäftigt war.

Die erste Nummer unter der neuen Redaktion bringt einen Leitartikel „Weltkapitalismus und Einheitsfront", der folgendermaßen schließt:

Solange ein Teil des deutschen Proletariats mit kapitalistischen Parteien gemeinsam Politik treibt und ein anderer proletarischer Flügel unter putschistischem Einfluß steht, ist die Einheitsfront des Proletariats gerade in den entscheidenden Situationen immer wieder gefährdet, selbst wenn sie am Anfang einer Aktion hergestellt werden konnte. Erst wenn sich von rechts wie von links alle Proletarier wieder gefunden haben auf dem Boden des Klassenkampfes, den unsere Partei nie verlassen hat, wird es zur dauernden Einheitsfront des Proletariats kommen, die bitter notwendig ist. Die werdende Einheitsfront des internationalen Kapitalismus, die Genua vorbereitet, sollte dem deutschen Proletariat Mahnung und Beispiel sein.

Die Abneigung der neuen Redaktion gegen die Koalitionspolitik, die ja auch die Sozialdemokratische Partei nicht zu ihrem Vergnügen treibt, versteht sich von selbst. Doch ist das ein weitläufiges Kapitel, über das wir uns wahrscheinlich mit der „Freiheit" noch öfter unterhalten werden, wobei wir den Wunsch aussprechen, daß dies von beiden Seiten sachlich geschehen möge. Bemerkenswert ist das scharfe Abrücken vom kommunistischen Putschismus.

Deutschnationale Provokateure.

Wie Kommunistenskandale von rechts dirigiert werden.

Schon mehrfach haben wir darauf hingewiesen, daß kommunistische Skandale und Ausschreitungen von reaktionären Elementen angestiftet werden. Vor längerer Zeit konnten wir ein Schreiben an einen Geheimrat veröffentlichen, das genaue Anweisungen für diese Provokateurtaktik gab. Jetzt ist es in einem konkreten Falle gelungen, vor Gericht den schlüssigen Beweis zu führen, daß deutschnationale Macher sich in kommunistische Demonstrationen mischen, um planmäßig Zusammenstöße herbeizuführen.

In Rostock fand vor einiger Zeit auf dem Neuen Markt eine kommunistische Demonstration statt, die zu einem Zusammenstoß mit der Polizei führte. Neun Kommunisten waren wegen Beteiligung an dieser Demonstration angeklagt und hatten sich dieser Tage vor dem Schwurgericht in Güstrow zu verantworten. Der Prozeß schien zunächst nichts besonderes zu bieten, als plötzlich der Verteidiger beantragte, als Zeugen einen Deutschnationalen zu laden, der sich unter den Demonstranten befunden und sie zu höchster Erregung angestachelt hat, der schließlich, als alles nichts half, das falsche Gerücht erfand und verbreitete, daß der kommunistische Demonstrationsführer Markgraf verhaftet worden sei, womit er schließlich seinen Zweck erreichte. Dieser Zeuge war ein Herr Hansen, Angestellter der deutschnationalen „Mecklenburger Warte", des Blattes des Herrn von Gräfe-Goldebee. Es entwickelte sich folgendes Verhör:

Vorsitzender: Haben Sie zu Jungbluth (einen kommunistischen Führer. Red. d. „V.") gesagt, er solle nicht nur Worte machen, sondern endlich Taten begehen.

Hansen schweigt und sagt nach langen Ermahnungen: Ich möchte weder Ja noch Nein sagen.

Vorsitzender: Haben Sie in die erregte Menge gerufen: Laßt Euch durch Jungbluth nicht bremsen! Handelt!

Hansen (nach langem Schweigen): Es kann möglich sein!

Vorsitzender: Haben Sie das wahrheitswidrige Gerücht verbreitet, Markgraf sei verhaftet?

Hansen (zögernd): Es ist möglich.

Vorsitzender: Waren Sie sich darüber klar, daß Sie mit dieser unwahren Bemerkung die Menge auf das höchste erregten und zu Unbesonnenheiten aufreizen konnten?

Hansen: Ich habe es mir wohl nicht recht überlegt.

Vorsitzender: Hatten Sie von bestimmten rechtsstehenden Kreisen den Auftrag, sich in dieser Weise zu betätigen?

Hansen: Ich kann mich nicht mehr recht erinnern.

Verteidiger: Sie waren damals Faktor der deutschnationalen „Mecklenburger Warte"?

Hansen: Ja.

Verteidiger: Das genügt mir.

Der Eindruck dieser Aussage war vernichtend. Selbst der Staatsanwalt nannte in seiner Anklagerede Hansen einen „Schuft". Die Geschworenen sprachen alle Angeklagten bis auf zwei frei. Diese beiden erhielten kleine Gefängnisstrafen, die aber durch die Untersuchungshaft als voll verbüßt angesehen wurden.

Das verbrecherische Treiben der Deutschnationalen ist durch diesen Prozeß hinlänglich entlarvt. Wir können mit Bestimmtheit behaupten, daß der Fall Hansen nicht der einzige ist, wo kommunistische Arbeiter, ohne es zu ahnen, von deutschnationaler Seite zu Gewalttätigkeiten aufgeputscht wurden. Werden den verhetzten linksradikalen Elementen nun endlich die Augen aufgehen? Werden sie jetzt begreifen, wessen Geschäfte sie betreiben, wem sie einen Dienst erweisen, wenn sie in gesetzwidriger Weise vorgehen? Der Fall Hansen redet eine klare und eindeutige Sprache. Wer aus ihm nicht lernt, daß Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten seitens der Arbeiterschaft lediglich im Interesse der Reaktion liegen, der kann nur als unheilbar verblödet oder als bewußter Verräter der Arbeitersache angesehen werden. Der Fall Hansen legt die Frage nahe, welche Freude die Deutschnationalen über das bisherige Treiben der kommunistischen Führer vom Schlage der Eberlein-Zentrale empfinden mußten. Deutschnationale Parteigeschäfte haben diese „Radikalen" besorgt.

Doch in München?

Der Prozeß gegen die Organisation Consul.

Wie die TU. meldet, wird der Geheimbundprozeß gegen die Organisation Consul (Ehrhard) nicht in Offenburg, sondern in München zur Verhandlung kommen, nachdem das Reichsgericht eine dahingehende Entscheidung gefällt hat. Die Anklage richtet sich gegen 50 Personen. Der Prozeß Killinger in der Mordsache Erzberger wird Mitte Mai vor dem Offenburger Gericht verhandelt werden.

Die Meldung, daß der Geheimbundprozeß nach München verlegt sei, war schon einmal aufgetaucht, aber sodann von der zuständigen Stelle dementiert worden. Wir halten es auch jetzt für unmöglich, daß ein „Rechtsverfahren" gegen eine reaktionäre Geheimorganisation in München stattfinden kann, nachdem unzählige Ereignisse der letzten Zeit bewiesen haben, daß in München Polizei und Gerichte gegen Ungesetzlichkeiten von rechts vollkommen versagen und daß dort die Zentrale aller politischen Morde ist.

Christentum, Weltfriede und Superintendent

In unserer Morgenausgabe vom 2. April haben wir ein Schreiben des Superintendenten Raack zitiert, in dem Herr Raack dem sozialistischen Pfarrer Bleier einen Verweis wegen seines Wirkens für den Weltfrieden und die Völkerversöhnung erteilte. Hierzu ersucht uns Herr Superintendent Raack „um der Wahrheit und Gerechtigkeit willen" um Aufnahme folgender Berichtigung:

Es ist nicht wahr, daß ich Christentum und Weltfrieden für unvereinbar erklärt hätte; wahr ist vielmehr, daß ich den Weltfrieden und die Völkerversöhnung, wie sie Pfarrer Bleier in Charlottenburg auffaßt und öffentlich vertritt, für schlechthin mit dem wahren Christentum unvereinbar halten muß.

Weiter schreibt Herr Raack:

Solange Pfarrer Bleier nicht als unfehlbarer Papst des an sich schönen und großen Evangeliums des Weltfriedens und der Völkerversöhnung kanonisiert und inthronisiert ist, wird es doch wohl erlaubt sein, seine starken Zweifel daran auszusprechen, ob Pfarrer Bleier dies Evangelium richtig auffaßt und vertritt.

Wir haben unserer Gepflogenheit gemäß, auch die andere Seite zu Wort kommen zu lassen, das Schreiben des Herrn Raack wiedergegeben. Aber wir müssen doch bemerken, daß die ganze Berichtigung im Grunde sinnlos war, denn wir hatten ja in unserer Notiz vom 2. April das Schreiben des Herrn Superintendenten wörtlich zitiert. Die kniffliche Unterscheidung, daß Weltfrieden und Völkerversöhnung nur insoweit mit dem Christentum unvereinbar seien, wie Pfarrer Bleier diese Begriffe auffaßt und lehrt, wäre vielleicht etwas anschaulicher geworden, wenn Herr Superintendent Raack uns einmal seine Anschauung von Weltfrieden und Völkerversöhnung im Gegensatz zu der des Pfarrers Bleier dargelegt hätte. Aber wir wollen ihm hilfreich unter die Arme greifen und zur Illustration des Raackschen „Christentums" folgende weitere Stelle aus seinem Schreiben an Pfarrer Bleier zitieren. Der Herr Superintendent schreibt da:

Wer wie Sie (Pfarrer Bleier) das Wort „Liebet Eure Feinde!" in den Vordergrund zu stellen pflegt, sollte doch um so mehr die Verpflichtung fühlen, zunächst auch seiner Kirche, in deren Dienst er steht und deren Versorgung er annimmt, seinem heiligen Gelübde gemäß zu geben, was ihr gebührt. Auch das gehört zu dem großen Gebot der Liebe, die uns das Evangelium lehrt. Oder bestünde wirklich nach Ihrer Meinung das Christentum bloß in der Feindesliebe? Soll die Nächstenliebe nicht in besonderem Maße gerade auch das umfassen, was Gottes Fügung uns besonders nahe vor die Augen gestellt und ans Herz gelegt hat: unsere Familie, unsere Kirche, unser Volkstum, unser Vaterland?

Herr Raack ist gewiß ein Deutschnationaler, aber Jesus war sicher kein Deutschnationaler, und jeder Versuch, seine Lehre in nationalistischem Sinne umzudeuten, ist und bleibt hoffnungslos. Als „inthronisiert und kanonisiert" betrachtet sich Genosse Bleier gewiß nicht, eher will es uns scheinen, daß Herr Superintendent Raack seine Art Christentum für unfehlbar ansieht. Denn sein Schreiben an Pfarrer Bleier schließt mit den Worten:

Ich untersage Ihnen vorläufig bis zur Entscheidung des evangelischen Konsistoriums die weitere Vortragstätigkeit außerhalb Ihrer Gemeinde.

Das schmeckt allerdings nach „inthronisiertem und kanonisiertem" Pfaffentum. Wenn Jesus Christus heute wagen sollte, im Bezirk des Superintendenten Raack noch einmal seine Bergpredigt zu halten, so würde zweifellos auch ihm der Herr Superintendent jede weitere Vortragstätigkeit untersagen.

Ein Nachspiel der Märzunruhen. Vom Schwurgericht zu Erfurt wurde der Eisenbahnarbeiter Kühn zu 10 Jahren und der Werkzeugschlosser Kroll zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Beide Verurteilte waren angeklagt, an dem Sprengungsversuche der Eisenbahnunterführung zwischen Steiger- und Goethestraße in Erfurt, die im März des vergangenen Jahres während der Unruhen in Mitteldeutschland stattfand, mitgewirkt zu haben. Beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre aberkannt. Bei der Verkündung des Urteils hielt Kroll eine Ansprache, in der er sich als Märtyrer bezeichnete und mit dem kommenden Revolutionstribunal drohte.

Morgenerlebnis.

Von Otto Brattskoven.

Einmal habe ich es jetzt ganz durch die Lungen, durch den Körper, durch das Gehirn, durch das Herz gefühlt, was proletarische Menschenmasse ist. Einmal, als ich in einer mitteldeutschen Stadt am Morgen zum Bahnhof zog. Damals stand ein harter Frost unter dem langsam sich klärenden Himmel, die Bogenlampen warfen noch verschwimmendes trübes Licht auf Straßenbahnschienen und kulissenhafte Häuserfassaden. Arbeitermassen strömten mit mir zum Bahnhof. In Gruppen und Grüppchen gingen sie, unerklärlich und seltsam unter einer Einheit zusammengehalten. Ihr Atem dampfte wie Nebel. Eine Prozession ohne pathetische Geste und große Gebärde. Der Grundton war grau, einer schwärzlichen Ungewißheit sich nähernd. Trockenes Lachen und dröhnender Schritt. Gespräche kamen nur als ernster Rhythmus an die Oberfläche. Es war bezwingend, was man aus dem Ganzen heraushörte. Es war eine simple und nüchterne Menschenmasse, die dennoch zu einer Feierlichkeit, zu einem atmenden Anhören zwang. Es waren Menschen, die sich durch die Straßen aufeinander folgten, um ein Tagewerk zu tun, um Brot zu verdienen. Kein einzelnes Gesicht war erkennbar. Kaum die Bewegung einer einzelnen Gestalt zu unterscheiden. Doch durch das Ganze, nicht herrisch wie ein Demonstrationszug, pulste menschlichste Kraft. Das Gewaltige unbewußter, aber elementarer Lebensäußerung war Ereignis geworden. Gläubigkeit und tiefer Sinn stand unter den letzten Sternen der Nacht auf. Und zwang zu einem unsagbaren Lächeln der Hoffnung für die Zukunft.

Der Palazzo di San Giorgio in Genua, die Stätte der Konferenz, ist der einzige bedeutende Palast aus gotischer Zeit, den Genua noch besitzt. Dieser großartige Bau, mit dem der stolzeste Teil der genuesischen Geschichte aufs innigste verknüpft ist, wurde allen Neuerungsgelüsten späterer Geschlechter zum Trotz in seinem ursprünglichen Zustand erhalten und hat auch die letzten Restaurierungsarbeiten vor etwa 15 Jahren glücklich überstanden. Es war um das Jahr 1270, daß der damalige Bürgermeister Boccanegra dem namhaftesten Baumeister, den Genua im 13. Jahrhundert besessen, dem Frate Oliviero, den Auftrag erteilte, ein Stadthaus zu errichten. 1451 wurde der Palast zum Sitz der Bank von San Giorgio, die Hochburg jenes Geldwesens, mit dessen Einführung in die moderne Kultur die Genuesen bahnbrechend gewesen sind. Waren sie es doch, die beim Beginn des kapitalistischen Zeitalters das Bank- und Börsenwesen zuerst ausbildeten. Die Bank war lange Zeit das eigentliche Rückgrat des genuesischen Staates; in ihrem Besitz und in ihrer Verwaltung befanden sich die großen Eroberungen am Schwarzen Meer, in der griechischen Inselwelt, in Kleinasien und Ligurien, die dem Staate Genua untertan waren. So umschließt der wundervolle Bau den eigentlichen Kern der genuesischen Geschichte, und er ist ein prächtiger Rahmen dieser großen Vergangenheit, mit seinen auf Säulen ruhenden Arkaden, über denen ein Spitzbogenfries hinläuft, mit den beiden wuchtigen Geschossen, mit dem feinen Kranzgesims des Daches, über das die mächtigen Zinnen aufragen. An den Räumen des Inneren ist die Zeit nicht spurlos vorübergegangen, doch befindet sich zu ebener Erde noch der alte gotische Saal mit seinen Wandmalereien des 13. Jahrhunderts. Der schönste Schmuck des Ganzen sind die Marmorbilder der hervorragendsten Männer Genuas, die hier angebracht sind. Diese Ehrenstatuen haben die besten Bildhauer der Stadt geschaffen, und man kann die Entwicklung der genuesischen Kultur an diesen berühmten Werken am besten verfolgen, kann auch zugleich erkennen, wie die schlichte Einfachheit und urwüchsige Kraft allmählich dem äußeren Prunk und der leeren Geste wich, die den Niedergang Genuas verursachten.

Die Bürgertugend, die auf Frauen trampelt. Noch niemals hat ein Kunstwerk die New Yorker Bevölkerung so sehr beschäftigt, wie die Statue der „Bürgertugend", die vom Staat New York bei dem bekannten Bildhauer Frederick Macmonnies bestellt wurde und vor dem Stadthaus von New York aufgestellt werden soll. Der Künstler hat dieses Symbol bürgerlicher Tugend als einen Jüngling mit starken Gliedern und kräftigen Muskeln im Adamskostüm dargestellt und zu seinen Füßen zwei Nixen angebracht, die die Verführung versinnbildlichen sollen. Er hat aber ganz vergessen, daß, seitdem die Frauen das Stimmrecht sich erobert haben, die Bürgertugend nicht mehr allein männlich, sondern mindestens ebensogut weiblich ist. Die Frauen von New York betrachten dieses Denkmal einfach als eine Beleidigung, deren öffentliche Verewigung sie unter keinen Umständen dulden wollen. Der Bürgermeister von New York, Hylan, steht ganz auf ihrer Seite und hat erklärt: „Ich verstehe zwar nichts von Kunst, aber ich weiß, daß diese Statue eine Gemeinheit ist, denn sie will die Bürgertugend darstellen und stellt einen Mann dar, der auf Frauen herumtrampelt. So etwas wird in New York nicht geduldet". In den Frauenversammlungen wurden noch ganz andere Töne gegen den ungalanten Künstler laut; man sah in den Schwänzen der Nixen eine besondere Beschimpfung der Frau und forderte, daß Macmonnies eine weibliche Bürgertugend liefere. Nun hat aber der Bildhauer ein vollgültiges Anrecht auf Aufstellung seines Denkmals, und es wird deshalb zu einem Prozeß vor dem obersten Gerichtshof kommen.

Die bestohlene Kathedrale von Reims. In der letzten Zeit ist es dem „Verein der Freunde der Kathedrale von Reims" gelungen, eine Anzahl Köpfe, die von dem Bildhauerschmuck der Kirche herrühren, zurückzuerlangen. Die einen mußte man zu hohem Preise von Franzosen zurückkaufen, die anderen aus Italien zurückerwerben, während andere eben noch festgehalten werden konnten, ehe sie nach England verschickt wurden. All diese Köpfe waren in der Kriegszeit in Reims gestohlen worden. Es fehlen aber noch so viele, daß man jetzt vorschlägt, eine Fundstelle (ähnlich wie ein Findelhaus) zu errichten, an der die Diebe oder Hehler, die jetzt etwa der Kathedrale ihr Eigentum zurückerstatten wollen, dies anonym tun könnten. Wenn Deutsche in dieser Weise die Kathedrale bestohlen hätten, so wären sie natürlich die schlimmsten Barbaren gewesen, aber da es Franzosen und Engländer sind, so bringt man sogar große Geldmittel auf, um ihnen das gestohlene Gut wieder abzukaufen. Das wird jedenfalls auch Deutschland auf der Schuldseite der „Reparationen" belasten.

Unsichtbare Strahlen als Detektive. Die Forschung hat sich in neuester Zeit mit der Frage beschäftigt, wie die Körper Lichtstrahlen verschiedener Farbe zurückwerfen, und hat besonders interessante Ergebnisse bei der Photographie mit ultraviolettem Licht erzielt. Wie „Reclams Universum" ausführt, hat man geradezu eine Lichtdeutekunst auf diesen unsichtbaren Strahlen aufgebaut, sie sozusagen als Detektiv benutzt. Zunächst verwendete man die Ultraviolett-Photographie in der Himmelskunde und untersuchte den Mond. Der amerikanische Physiker Wood, der den Vollmond bei weißem und bei ultraviolettem Licht aufnahm, fand in der Nähe des Mondkraters Aristarch eine Stelle, die sich durch auffallenden Mangel an ultravioletter Strahlung auszeichnete. Ultraviolettes Licht ist bekanntlich das mit den kürzesten Wellen. Wood benutzte daher für die Photographie nur Strahlen, deren Wellenlänge über 320 und unter 300 Millionstel Millimeter lang waren. Prof. Miethe hat dann diese Untersuchungen fortgesetzt. Er fing das Licht des Mondes mit einem konvexen Fangspiegel auf und leitete es in einen großen Silberspiegel, vor dessen Brennpunkt sich ein durchsichtiger Quarzbehälter befand, der das Licht der gewünschten Wellenlänge aussonderte. Quarz ist für solche Photographien notwendig, weil Glas die ultravioletten Strahlen nicht durchläßt. Es ergab sich, daß zahlreiche Stellen auf dem Monde ultraviolettarm sind. So strahlen die Gegenden um den Südpol und um das Ringgebirge Kopernikus besonders wenig ultraviolettes Licht aus, während der Nordpol des Mondes sehr viel von diesem Licht enthält. Für die weitere Erforschung des Mondes mit Hilfe der unsichtbaren Strahlen ist es nun notwendig, das Verhalten der irdischen Gesteinsarten und anderer in Frage kommender Stoffe im weißen und ultravioletten Licht festzustellen. Es müssen also erst unter diesem Gesichtspunkt die irdischen Tiefengesteine photographiert werden, um daraus Schlüsse zu ziehen. Auch irdische Gesteine zeigen nämlich in verschiedenem Licht recht verschiedenes Aussehen, und so hat die Ultraviolett-Photographie wichtige Hilfsmittel für zahlreiche Industrie- und Gewerbezweige an die Hand gegeben. Die Chemie kann heute ohne sie nicht mehr auskommen; aber auch die Kriminalistik bedient sich der unsichtbaren Strahlen im wahrsten Sinne des Wortes als Detektiv, und die wissenschaftliche Forschung braucht sie wie das tägliche Brot. Silber verhält sich in ultraviolettem Licht ganz anders als Gold, und Kupfer wieder anders, und ein Kenner vermag aus der vergleichenden Photographie sofort auf den Charakter des Metalls eines Kunstwerkes zu schließen, auch wenn er es vor nicht gesehen hat. Die neue Lichtdeutekunst ist überall da wichtig, wo man ohne chemische Untersuchung feststellen will, woraus Gegenstände, namentlich Kunstwerke, bestehen. An einer Porzellanfigur läßt sich so, ohne das Stück zu berühren, ermitteln, an welcher Stelle eine Reparatur angebracht ist und wo andere Porzellanmassen zur Ausbesserung verwendet wurden.

Friedrich Kayßler wird am Karfreitag um 8 Uhr im Großen Hause des Schloßpark-Theaters in Steglitz Dichtungen von Dante und Tagore vortragen.

Der neue Angriff auf die Staatsbahn.

Die Stellung des Reichsverkehrsministeriums.

Halbamtlich meldet WTB.: Ein Berliner Morgenblatt bringt die Mitteilung, daß im Reichsverkehrsministerium über das vom Reichsverband der deutschen Industrie hinsichtlich der Umgestaltung der Reichsbahn erstattete Gutachten Beratungen stattgefunden hätten, und daß man im Reichsverkehrsministerium dazu neige, die Reichsbahn zu einem privatwirtschaftlichen Betriebe auszugestalten. Die Nachricht ist von Anfang bis zu Ende erfunden. Die Reichsbahnverwaltung hält nach wie vor an dem Standpunkt fest, unter Beibehaltung des Staatsbesitzes und Staatsbetriebes die Sanierung des Unternehmens fortzusetzen und die nötige Bewegungsfreiheit desselben zu erzielen.

Zum Fall Kopp.

In der Mitteilung der Ost-Expreß, die wir am 28. März unter der Ueberschrift „Untersuchung gegen Kopp?" veröffentlichten, schreibt uns Herr Ilja Reich:

„Es ist nicht wahr, daß eine Untersuchung, die sich auf Bestechlichkeit und Erpressung erstreckte, gegen mich eingeleitet worden ist. Auch ist bis jetzt von Moskau keine Aufforderung an mich ergangen, dorthin zu kommen, um mich zu verantworten.

Beim Personalwechsel und der Uebergabe der Geschäfte in der hiesigen Sowjetvertretung hat, wie üblich, eine Revision stattgefunden, die, wie ich aus ersten Kreisen der Moskauer Regierung erfahre, keinerlei Material ergeben hat, wodurch die Ehre und das Ansehen der früheren hiesigen Vertretung angetastet wird."

Wohltätigkeitsfest, Gefallenenehrung und Parteihetze. Für die üble Art, wie die Deutschnationalen rein menschliche Angelegenheiten, wie z. B. die Ehrung der im Weltkrieg Gefallenen, zu parteipolitischer Hetze ausnutzen, ist bezeichnend ein „Wohltätigkeitsfest", das kürzlich in den Festräumen des Zoologischen Gartens stattfand und dessen Ertrag der Errichtung eines Denkmals für die Gefallenen des 22. Reservekorps dienen sollte. Die ganze Veranstaltung trug einen rein nationalistischen Anstrich, ihr Leiter war der sattsam bekannte Herr Molkenthin, der Begründer des Nationalverbandes deutscher Offiziere. An Ludendorff wurde ein Telegramm gesandt, das schärfste Ausfälle gegen den unabhängigen Abgeordneten Cohn enthielt. Herr Molkenthin feierte die Hohenzollern und gab der Hoffnung Ausdruck, daß „auf den 9. November ein neuer Preußenmorgen folgen werde". Unter den Gefallenen des Weltkrieges befinden sich weit über eine halbe Million Sozialdemokraten, die weder für die Hohenzollern, noch für die alte Junkerherrlichkeit, noch für den Nationalismus des Herrn Molkenthin in den Tod gegangen sind. Wenn diese Toten heute aus ihren Gräbern aufstehen könnten, wären sie die ersten, die die nationalistische Gesellschaft zum Teufel jagten, die sie in den Tod geschickt hat und jetzt die Leichen der Opfer gar noch für sich reklamieren möchte.

Wirtschaft

Die Ansprüche an den Kapitalmarkt.

Das erste Vierteljahr 1922 brachte eine Hochflut neuer Dividendenwerte und festverzinslicher Papiere auf den Markt. Die einzelnen Gewerbezweige wetteiferten miteinander, neues Kapital aufzunehmen. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Kapitalaufnahme der Industrie oft nur zum Zwecke der Gewährung neuer Bezugsrechte an die Aktionäre erfolgt und diesen große Gewinne neben der Dividende zuschanzt. Diese Praktiken haben in letzter Zeit insofern etwas nachgelassen, als die Unternehmungen bemüht sind, die Vorliebe des anlagesuchenden Kapitals für Dividendenwerte, wie sie sich in den hohen Aktienkursen ausdrückt, sich zunutze zu machen. Oft werden jetzt neue Aktien mit einem erheblichen Aufgeld ausgegeben. Das ist ein Beweis, daß die zeitweilige Versteifung des Geldmarktes die Industrie zwingt, auch bei den Kapitalausgaben wirtschaftlicher vorzugehen, als bisher. Immerhin bleiben auch jetzt oft noch hohe Bezugsrechte.

Im letzten Quartal wurden insgesamt für neue Effekten am Kapitalmarkt nach den Ermittlungen der „F. Z." 13,35 Milliarden Mark im Nennwert beansprucht. Davon waren 3,2 Milliarden festverzinsliche Werte, unter denen wieder noch nicht 700 Millionen Kapitalaufnahmen der Sparkassen, sowie Pfandbriefe und Kommunalanleihen. Rechnet man diese rund 700 Millionen ab, so entfallen auf die Industrie über 12,6 Milliarden neu aufgenommenes Kapital. Ein Vergleich mit dem Vorjahr, wo insgesamt im ersten Quartal gegenüber den 13,35 Milliarden nur 5,3 Milliarden Neukapitalien beansprucht wurden, zeigt die Wirkung der Geldentwertung auf dem Kapitalmarkt. Die Zahlen wurden größer, ohne daß die Menge von Produktionsmitteln, die dafür beschafft werden konnten, etwa gestiegen wäre. Dagegen kann man bei den Kapitalerhöhungen der Industrie annehmen, daß neben den 25 Milliarden, die hierfür aufgebracht wurden, den Aktiengesellschaften noch erhebliche Aufgelder zugeflossen sind, so daß dadurch wenigstens zu einem kleinen Teil die vernichtende Wirkung der Geldentwertung auf die Kapitalneubildung und damit auf die technische Ausgestaltung der Betriebe ausgeglichen werden konnte. Es wäre wünschenswert, daß die Industrie auf diesem Wege fortschreitet und nicht über hohe Bezugsrechte weiterhin wesentliche Teile des Betriebskapitals den Aktionären überläßt, sie so dem Verbrauch zuführt.

Interessant ist übrigens ein Vergleich der deutschen und der englischen Kapitalerhöhungen. Auch dort ist die Zahl der neu auf den Kapitalmarkt gebrachten Papiere neuerdings gestiegen, nämlich von 63 auf 286 Millionen Pfund Sterling vom 1. Quartal 1921 auf das 1. Quartal 1922. Die Industrie zog dort aber daraus keinen wesentlichen Nutzen, da sie von der Wirtschaftskrise erfaßt ist. Vielmehr verlangte die englische Regierung durch die Ausgabe von Anleihen allein fast 212 Millionen Pfund Sterling, also sechs Siebentel der obengenannten Zahl für sich, um so die schwebende Schuld zu vermindern und in langfristigen Anleihen zu fundieren.

Die Abschaffung der Goldrubelrechnung. Die Sowjetregierung hat die in den letzten Monaten allmählich eingeführte Berechnung sämtlicher staatlicher und kommunaler Einnahmen und Ausgaben in Vorkriegsrubeln (Goldrubeln) abgeschafft. Alle Berechnungen — mit Ausnahme der Zölle und Konsulargebühren, für welche die Berechnung in Goldrubeln beibehalten bleibt — sollen fortan in Sowjetrubeln erfolgen. Die bisher in „Goldrubeln" ausgedrückten Tarif-, Lohn-, Steuer- und Preissätze werden in Sowjetrubeln neu festgesetzt. Bis dahin sollen die Sätze gelten, die sich nach der Umrechnung in Sowjetrubeln auf Grund des amtlichen Kurses des „Vorkriegsrubels" für März (= 200 000 Sowjetrubel) ergeben. Das Budget wird von nun ab vierteljährlich aufgestellt werden, um die Entwertung des Rubels in Rechnung stellen zu können.

Die Stützung des österreichischen Kronenkurses. Das österreichische Finanzministerium hat, wie die Dena meldet, einem Bankenkonsortium den Vorschlag gemacht, den Fonds zur Stützung des Kronenkurses, der aus dem englischen Zweimillionenpfund-Kredit gebildet wurde, einen gleich hohen Betrag zu überweisen und bei der amtlichen Politik zur Aufrechterhaltung des Kronenkurses tätig mitzuwirken. Nach einigem Zögern erklärten sich die Banken bereit, mit ungefähr 2 Millionen Pfund einen Sonderfonds zu bilden, der, bei der Oesterreichisch-Ungarischen Bank hinterlegt, zur Stabilisierung der Krone dienen soll. Auf diese Weise verfügt die deutschösterreichische Regierung über einen Regierungsfonds von 4 Millionen Pfund, so daß Ausschreitungen der Valutaspekulation auf heftigen Widerstand gefaßt sein müssen.

Die neuen Tariferhöhungen.

Auch Omnibus und Hochbahn werden teurer.

Die Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises von 2 M. auf 3 M. tritt, wie wir bereits meldeten, am Donnerstag in Kraft. Dagegen sind die anderen von der Stadtverordnetenversammlung gefaßten Beschlüsse (die Geltungsdauer der Umsteigefahrscheine auf 3 Stunden auszudehnen, Sammelkarten für 7 Fahrten zu 20 M. einzuführen, Schülerkarten auch über das 16. Lebensjahr hinaus zu gewähren) zunächst nur Wünsche. Ob und wann sie erfüllt werden, bleibt weiterer Entscheidung vorbehalten. Zur Erwägung überwiesen ist dem Magistrat der Antrag, Minderbemittelten für die Fahrten nach und von der Arbeitsstätte und Schwerbeschädigten ermäßigte Fahrpreise zu gewähren. Infolge dieses Beschlusses fiel ein Antrag der Kommunisten.

Vom gleichen Tage ab wird auch die Fahrt auf dem Kraftomnibus wieder teurer. An die Stelle des bisherigen Tarifs soll ein neuer Staffeltarif treten, der die Fahrten je nach ihrer Länge staffelt. Der Preis für die einzelnen Fahrten beträgt 3, 4 und 5 M. Als nächstes der Berliner Verkehrsunternehmen wird dann die Hochbahn voraussichtlich in der Woche nach Ostern zu einer Erhöhung der Tarife schreiten. Es ist beabsichtigt, für die Fahrt in der 1. Zone 2,50 M. und in der 2. Zone 3 M. in der dritten Klasse und 3 M. in der 1. Zone und 3,50 M. in der 2. Zone in der zweiten Wagenklasse zu erheben. Als letztes der Berliner Verkehrsmittel bleibt noch die Stadt- und Ringbahn. Auch für diese sind bereits Tariferhöhungen in Aussicht genommen. Ueber die Form und den Zeitpunkt der Einführung besteht jedoch bis jetzt noch keine Einigkeit.

Die Erhöhung des Gaspreises von 3,30 M. auf 3,50 M. je Kubikmeter gilt von der auf diese Beschlußfassung folgenden Aufnahme des Gasmesserstandes ab. In der Preiserhöhung ist übrigens die Gasbetriebsgesellschaft (ehemals „Englische Gesellschaft"), die den Vororten im Südwesten, Süden und Südosten Berlins das Gas liefert, den städtischen Gaswerken schon ein Stück voraus. Sie hat den Preis von der April-Aufnahme des Gasmesserstandes ab auf 3,80 M. erhöht.

•

Die Stadtverordnetensitzung zog sich gestern abend wieder bis in die elfte Stunde hin, weil die Kommunisten durch Geschäftsordnungsdebatten und durch namentliche Abstimmungen die Verhandlungen aufzuhalten sich bemühten. Nach dem Kampf um die neue Gewerbesteuerordnung, über den wir im heutigen Morgenblatt berichteten, schritt man noch zur Erörterung der Magistratsvorlage über die Erhöhung der Bezüge für die Guts- und Forstarbeiter. Gegen den Deutschnationalen Dr. Steiniger, der die Deputate als „zu günstig" bemängelte, wandten sich die Redner der drei Linksparteien. Den Deutschnationalen mißlang der Versuch, die Sache durch Ausschußberatung zu verschleppen, aber sie verhinderten dann die sofortige Vornahme der zweiten Beratung. Weil die vom 1. Februer ab nachzuzahlenden Lohnerhöhungen infolge fortschreitender Geldentwertung immer mehr von ihrer Kaufkraft verlieren, hatte Bürgermeister Genosse Ritter um raschefte Erledigung gebeten. Doch das kümmerte die Deutschnationalen nicht.

Neue Sonntagsrückfahrkarten.

Notwendiges Entgegenkommen auch für Laubenkolonisten.

Die Eisenbahnverwaltung beabsichtigt ebenso wie auch im Vorjahre zur Erleichterung des Ausflugverkehrs auch in diesem Jahre während der Sommermonate Rückfahrkarten auszugeben, deren Fahrpreis für Hin- und Rückreise um 33⅓ Proz. ermäßigt ist. Wie verlautet, ist beabsichtigt, die Bestimmungen über die Benutzung der Wochenendkarten dahin abzuändern, daß sie zu allen fahrplanmäßigen Personenzügen gelten und daß weiterhin die Zahl der Stationen, nach denen sie verkauft werden sollen, erheblich erweitert und so sollen z. B. Stationen der „Heidekrautbahn" und anderer Kleinbahnen in den Bereich der Wochenendkarten einbezogen werden. Sie sollen jedoch nur auf Fernstrecken zur Ausgabe gelangen und sind damit für das Gros der Ausflügler, soweit es sich um kinderreiche Familien handelt, nicht zu gebrauchen.

Wenn die Ausflüglerkarten zu ermäßigten Fahrpreisen wirklich der Allgemeinheit zugute kommen sollen, so müssen sie vor allen Dingen auch nach Vorortstationen ausliegen, in deren Nähe Laubenkolonien liegen, deren Pächter oder Besitzer vornehmlich Berliner sind. In zahlreichen Fällen ist die Bewirtschaftung der Gärten von Berliner Familien nur aus dem Grunde aufgegeben worden, weil die Fahrpreise der Eisenbahn den Besuch der Gärten und die regelmäßige Bewirtschaftung von sämtlichen Familienmitgliedern nicht mehr möglich machen. Wenn die Eisenbahnverwaltung für ihre Beamten, die Laubengärten bewirtschaften, eine Fahrpreisermäßigung gewähren kann, so kann das gleiche auch für die Allgemeinheit gefordert werden und dies um so mehr, als die Erholung vieler Familien, die sich eine kostspielige Reise während der Ferien nicht leisten können, in der Bewirtschaftung der Kleingärten besteht. Endlich sollte auch noch ein Weg gefunden werden, kinderreichen Familien, die keine Schrebergärten besitzen, Ausflüge zu ermöglichen, ohne die Fernbahnen zu benutzen.

Will die Reichsbahnverwaltung also wirklich brauchbares für die durch die Kriegsfolgen und Teuerung schwer leidende Berliner Bevölkerung schaffen, so sollten Bestimmungen ohne Einschränkung erlassen werden, damit die Fahrpreisermäßigung jedem zugänglich wird und nicht nur für ganz besonders weite Sonntagsausflüge Berliner Familien Geltung haben kann.

Die Bluttat in Lichterfelde.

Aussagen der schwerverletzten Schwester des Mörders.

Zu der furchtbaren Bluttat in Lichterfelde erfahren wir, daß die Schwester Wanda des flüchtigen Roman Millner gestern im Laufe des Tages im Krankenhause wieder zu sich gekommen ist. Das Mädchen erholte sich dann auch so weit, daß es bereits vernommen werden konnte.

Nach ihren Bekundungen kam ihr Bruder mittags um 12 Uhr nach Hause und verlangte, wie früher schon oft, von ihr und auch von der Mutter wieder Geld. Beide erklärten ihm, sie hätten nichts übrig und ermahnten ihn, zu arbeiten und sich selbst seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Darüber geriet er in Wut, ergriff ein Beil, das in einem Nebenraum lag und schlug auf Mutter und Schwester blindlings mit der Schneide ein. Während die Mutter bald neben der Kochmaschine besinnungslos zusammenbrach, behielt die Schwester noch so viel Kraft, daß sie ein Fenster aufreißen konnte, in der Absicht, um Hilfe zu rufen. Um das zu verhindern, wollte sich ihr Bruder von neuem mit dem Beil auf sie stürzen. In der Todesangst sprang sie jetzt aus dem dritten Stock auf die Straße hinab. Nur durch diesen gefährlichen Sprung rettete sie sich das Leben, wenn sie sich auch mehrere schwere Knochenbrüche zuzog. Wie die Schwester aussagte, hat Roman Millner früher einmal geäußert, daß er aufs Land gehen wolle, um dort Arbeit anzunehmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er diesen Plan jetzt ausführt, um sich unter falschem Namen der Verfolgung zu entziehen. Deshalb hat die Kriminalpolizei, die hier noch keine Spur von ihm gefunden hat, sofort auch nach dieser Richtung ihre Maßnahmen getroffen. Auf die Ergreifung des Flüchtigen ist, wie bereits erwähnt, eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt.

Ein Studienrat als Bücherdieb.

Ein eigentümliches Ergebnis haben die Nachforschungen nach dem Bücherdieb ergeben, der die Staatsbibliothek seit längerer Zeit um kostbare, besonders mittelalterliche Druckwerke bestahl. Unter dem Verdacht, diese Diebstähle ausgeführt zu haben, wurde ein Studienrat Dr. D. vom Sophiengymnasium verhaftet, in dessen Hausbibliothek sich der größte Teil der verschwundenen Bücherschätze vorfand. Dr. D. gab an, daß er viele Sachen, da er Sammler sei, von einem Unbekannten gekauft habe, was jedoch nicht der Wahrheit zu entsprechen scheint. Auch werden dem Studienrat eine Reihe anderer Bücherdiebstähle aus der Bibliothek des Gymnasiums, bei dem er angestellt ist, zur Last gelegt. Es scheint sich um den Fall einer aufs höchste gesteigerten Sammlerleidenschaft zu handeln.

Verzögerung von Kaufmanns- und Gewerbegerichtsklagen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion richtet an den Magistrat folgende Anfrage, auf die er hoffentlich sehr bald eine befriedigende Auskunft wird geben können:

Am 1. Oktober 1921 sind alle in den ehemals selbständigen, zu Groß-Berlin eingemeindeten Orten bestehenden Kaufmanns- und Gewerbegerichte an das Berliner Kaufmanns- und Gewerbegericht angeschlossen worden. Diese an sich begrüßenswerte und notwendige Vereinheitlichung der Rechtsprechung in Arbeitsstreitigkeiten hat aber eine starke Verzögerung in der Erledigung der einzelnen Prozesse besonders beim Kaufmannsgericht mit sich gebracht, da die Zentralstelle zwar alle Prozesse, aber keine Richter und Beamten von den aufgelösten Kaufmannsgerichten übernommen hat. Eine starke Stockung der Geschäfte ist die Folge. Urteile und Vergleiche werden erst nach Monaten erteilt. Bis zur Anberaumung neuer Termine vergehen Zeitspannen, wie sie selbst bei den ordentlichen Gerichten kaum vorkommen. Sind dem Magistrat diese Zustände bekannt und ist er bereit, durch Errichtung neuer Spruchkammern und neu zu bestallende Vorsitzende, sowie durch Einstellung von Hilfskräften für die bureaumäßige Erledigung der Prozesse dafür zu sorgen, daß das Verfahren wieder die für die Erledigung von Arbeitsstreitigkeiten unbedingt notwendige Beschleunigung erfährt?

Schlechte Gesundheit im März.

Die Gesundheit war in den deutschen Großstädten in der Woche vom 19. bis zum 25. März wesentlich schlechter als in der sehr günstigen Vorwoche. Die Sterblichkeit stieg in den Orten mit 100 000 und mehr Einwohnern im Durchschnitt von 1000 Bewohnern und im Jahr ohne Ortsfremde von 13,9 auf 14,3. Sie stieg an 27 Orten, fiel nur an 16 und blieb in 3 gleich. Die Sterblichkeit fiel in Alt-Berlin auf 15,5, in Neu-Berlin auf 12,6, in ganz Berlin auf 14,1, in Hamburg auf 14,7, München 13,4, Breslau 18,8, Frankfurt a. M. 11,2, Hannover 14,1, Dortmund 9,8, Königsberg i. Pr. 14,2, Kiel 11,0, Altona 16,1, Barmen 8,5, Bochum 14,3, Braunschweig 12,5, Karlsruhe 9,9, Plauen i. V. 9,6, Münster i. Westf. 8,3. Gestiegen ist die Sterblichkeit in Köln auf 13,1, Leipzig 15,2, Dresden 14,6, Essen 13,6, Düsseldorf 13,1, Chemnitz 17,4, Stuttgart 11,6, Magdeburg 17,0, Bremen 15,9, Duisburg 16,5, Stettin 18,3, Mannheim 12,7, Halle a. d. S. 14,3, Gelsenkirchen 15,9, Kassel 10,0, Elberfeld 11,1, Augsburg 17,9, Aachen 18,0, Erfurt 17,4, Krefeld 16,1, Hamborn 18,1, Lübeck 21,1, M.-Gladbach 17,2, Mainz 17,4, Oberhausen 15,1, Ludwigshafen 10,9, Buer 15,7. Gleich blieb sie in Nürnberg mit 13,7, Mülheim a. d. R. 14,9 und Wiesbaden 16,5.

Schülermonatskarten für Handwerkerlehrlinge.

Auf eine Anfrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beim Reichsverkehrsministerium ging folgender Bescheid ein: „Schülermonatskarten werden demnächst auch ausgegeben werden an Personen unter 18 Jahren, die auf Grund eines schriftlichen, den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Lehrvertrages ein Handwerk erlernen. In der beizubringenden Bescheinigung, für die der amtliche Vordruck zu verwenden ist, muß vom Lehrmeister angegeben werden, welches Handwerk der Lehrling erlernt und daß ein schriftlicher, den gesetzlichen Erfordernissen entsprechender Lehrvertrag geschlossen ist. Die zuständige Handwerkskammer hat zu bescheinigen, daß die Angaben richtig sind und daß ihr der Lehrvertrag vorgelegen hat." Bemerkenswert ist an dieser Verfügung, daß durch sie anscheinend das Reichsverkehrsministerium seiner Ueberzeugung von der besonderen Notlage der Lehrlinge im Handwerk Ausdruck gibt. Diese stehen sich bekanntlich infolge der fehlenden tariflichen Regelung noch schlechter in der Entlohnung als die Lehrlinge in Fabrikbetrieben oder im Handelsgewerbe.

Rittergutenteignung für Siedlungszwecke.

Der ständige Ausschuß des Landeskulturamtes der Provinzen Brandenburg und Grenzmark hat auf Antrag des Landlieferungsverbandes beider Provinzen die Enteignung des Rittergutes Golm im Kreise Angermünde, das dem Gutsbesitzer Alwin Kühn auf Damitzow (Kreis Randow) gehört, zu Siedlungszwecken für zulässig erklärt. — Die Siedlungsausstellung im Wohlfahrtsministerium in der Leipziger Str. 3 die dort das Deutsche Archiv für Siedlungswesen veranstaltet, ist bis auf weiteres verlängert worden. Die Ausstellung ist von 9 bis 5 Uhr zu besichtigen. Führungen finden vormittags um 12 Uhr und nachmittags um 4 Uhr statt.

„Technisch-Wissenschaftliches Vortragswesen Berlin." Das Verzeichnis der Vorträge und Uebungen, die im Rahmen des Technisch-Wissenschaftlichen Vortragswesens Berlin im Sommerhalbjahr 1922 veranstaltet werden, ist erschienen und in der Geschäftsstelle des TWB., Ingenieurhaus, Sommerstraße 4a, Telephon: Zentrum 15207—12, erhältlich.

Der Ortsausschuß Berlin der Altershilfe teilt mit, daß sich seine Geschäftsstelle Berlin W 35, Flottwellstr. 4, befindet. Spenden sind entweder auf das Haupt-Bankkonto Hocquier & Securius, C 2, An der Stechbahn 3/4, „Ortsausschuß Groß-Berlin der Altershilfe" oder auf Postscheckkonto NW 7 Nr. 86982 „Bürgermeister Dosein (Altershilfe des deutschen Volkes)" einzuzahlen. Außerdem nehmen sämtliche Banken, Postanstalten und Sparkassen Spenden entgegen.

Volkshochschule Groß-Berlin. Die Arbeitsstätte Südosten (Treptow und Oberschöneweide) veranstaltet am Mittwoch, den 19. April, einen Einführungsabend. Auf dem Programm steht ein Vortrag von Dr. Edgard Lange über die Kulturepochen der Menschheit. Ferner sind musikalische Darbietungen, unter anderem ein Konzert für zwei Flöten, vorgesehen. Der Abend findet in der Aula Treptow, Neue Krugallee 5, statt. Beginn pünktlich 8 Uhr abends. Der Eintritt ist frei.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, veränderlich, überwiegend bewölkt bei mäßigen südlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Frauen-Arbeitsgemeinschaft (Programmkursus). Referentin: Genossin Klara Bohm-Schuch, M. d. R., Donnerstag, 13. April, abds 6½ Uhr, im Sitzungszimmer der Redaktion des „Vorwärts", Lindenstr. 3, 4. Hof IV (Fahrstuhl).

3. Kreis, Wedding. Freitag, 14. April, abends 7 Uhr (nicht 8 Uhr), in der Schulaula Grünthaler Str. 5, Lichtbildervortrag: Die deutsche Verfassung. Vortragender: Genosse Kayser. Gäste und „Vorwärts"-Leser willkommen.

107. Abt. Alt-Glienicke. Mittwoch abend 7½ Uhr bei Klingenberg, Grünauer Straße 29, Generalversammlung. Neuwahl des Vorstandes.

118. Abteilung, Lichtenberg. Die Zahlabende fallen in diesem Monat aus.

Gewerkschaftsbewegung

Angestellte und Reparationen.

In einer allgemeinen Funktionärkonferenz des Zentralverbandes der Angestellten am Montag abend referierte Genosse **Heinig** über das Thema „**Die deutschen Wiedergutmachungen und die Lage der Angestellten**". Die Frage der Revision des Vertrages von Versailles darf auf der Konferenz von Genua nicht berührt werden. Dennoch ist ohne eine befriedigende Lösung dieser Frage die Gesundung der Weltwirtschaft nicht herbeizuführen. Die Welt ist in mehrere Wirtschaftsgebiete zerschlagen: Der Produktionsapparat des alten Europa arbeitet mit Unterbilanz, in Südamerika erstickt die Gesellschaft am Produktionsüberfluß. Auch den Siegerstaaten mangelt es an wirtschaftlichen Abflußgebieten. Und nicht nur in Europa, denn wichtige koloniale Gebiete haben während des Krieges und später wirtschaftliche Selbständigkeit erlangt. (Indien!) In den Siegerstaaten und vielfach in neutralen Ländern ist oft der vierte oder fünfte Mann arbeitslos. Die deutsche Produktion dagegen ist mit Aufträgen übersättigt: wir besitzen nicht mehr als 3,5 Proz. Arbeitslose. Die Notlage Deutschlands erklärt sich aus dem Umstand, daß es sich als industrielles Exportland nicht ernähren kann, sondern auf den Nahrungsmittelkauf in valutastarken Ländern angewiesen ist. Nur vom Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr sind diese Nahrungsmittel zu bezahlen. Von diesem Ueberschuß aber sollen zugleich die Reparationen bezahlt werden. Unsere Notlage wird sich erst bessern, wenn die Nahrungsmitteleinfuhr aus niedrigvalutarischen Ländern erfolgen kann, d. h. wenn Rußland wieder in die Weltwirtschaft eingegliedert wird. Lenin hat eingestanden, daß die Bolschewiki nicht zu wirtschaften verstanden. Die den Ausländern gemachten Konzessionen sind der Beginn der Kapitalisierung Rußlands, und wir werden uns in Zukunft gegen die aus Rußland kommende kapitalistische Reaktion wehren müssen. Der Redner spricht dann über die wirtschaftliche Lage der Ententestaaten und deutsche innerpolitische Verhältnisse. Vollsozialisierung, Sachwerterfassung, Weltmarktlöhne sind **Machtfragen**. Mitkämpfen und Aushalten ist die schwierigste Form des Klassenkampfes.

Zur Frage der Arbeitsgerichte wurde eine längere Entschließung gefaßt, die zunächst das dringende soziale Bedürfnis für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte betont und sich dann energisch gegen den Referentenentwurf des Reichsarbeitsministeriums wendet, der die Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte vorsieht:

„Die Durchführung dieser Absicht würde **das Ende der sozialen Rechtsprechung** bedeuten. Das Reichsarbeitsministerium kommt mit seinem Entwurf lediglich den Vorschlägen des 4. Deutschen Richtertages sowie des 32. Deutschen Juristentages entgegen. Der Entwurf des Reichsarbeitsministeriums ist ein Schlag ins Gesicht der gesamten Arbeitnehmerschaft, der **zur schärfsten Abwehr** herausfordert. Die Versammelten fordern gegenüber dem Beginnen des RAM den **Ausbau der bestehenden Kaufmanns- und Gewerbegerichte** zu allgemeinen Arbeitsgerichten und sind entschlossen, die Angestelltenschaft zum schärfsten Kampf für die Durchsetzung dieser Forderung, die eine Lebensnotwendigkeit für sie darstellt, aufzurufen."

Löhne der Wach- und Schließangestellten.

Der Portierverband (Sektion VII des Transportarbeiterverbandes) schreibt uns:

Die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Wach- und Schließangestellten haben durch ihre Geschlossenheit wie auch durch die fruchtbare Arbeit der Funktionäre auf friedlichem Wege einen Erfolg erreicht. Nachdem der Schlichtungsausschuß durch Schiedsspruch die Löhne ab 1. April auf 1900 M. für Separatwächter und 1960 M. für Revierwächter festgesetzt hatte, gelang es in weiteren Verhandlungen mit den Unternehmern, die Löhne auf 1990 bzw. 2070 M. für Wächter und auf 2170 M. für Kontrolleure pro Monat festzusetzen. Das Lohnabkommen gilt bis zum 31. Mai. Folgende Firmen haben diese Löhne anerkannt: Berliner Wach- und Schließgesellschaft, Friedrichstr. 61, Nachtwachgesellschaft, Charlottenburg, Mommsenstr. 15, Wachgesellschaft für Berlin und Vororte, Friedrichstr., 3. Insp. Oberspree, Johannisthal, Sternplatz 6, Wachgesellschaft für Berlin und Nachbarorte, Friedrichstr. 125, Allgemeine Wachgesellschaft des Westens, Tauentzienstr. 1, „Adler". Deutsche Wachgesellschaft, Belle-Alliance-Platz 13, Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer, Burgstr. 1, Deutsche Wachgruppen, Johannisthal, Sternplatz 6, Firma Harun el Raschid-Hintersatz-Bey, Friedrichstr. 221. Mit einigen Firmen stehen wir noch in Verhandlung.

Wir bitten alle **Betriebsräte, darauf zu achten, daß nur organisierte Wächter und nur tariftreue Firmen** mit der Bewachung ihrer Betriebe beauftragt werden. Es gibt nämlich in Berlin noch einige kleine Wachgesellschaften, deren Wächter noch nicht wissen, daß nur eine große geschlossene Organisation zur Hebung der wirtschaftlichen Lage und des Berufs sorgen kann. Diese Unternehmer zahlen natürlich nicht die tariflichen Löhne und können dadurch die tariftreuen Firmen unterbieten. Auch gibt es bei diesen Firmen nicht die Bezahlung von Krankentagen usw., wie andere Firmen sie laut Tarifvertrag zu zahlen verpflichtet sind.

Auskunft erteilt das Bureau des Transportarbeiterverbandes, Bayreuther Str. 31, Tel. Kurfürst 9832.

„Organisierte Kommunistenhetze".

Die gestrige Morgenausgabe des Berliner kommunistischen Organs bringt unter der Ueberschrift „Organisierte Kommunistenhetze im DEV." eine Notiz, in der behauptet wird, der zu Mai angesetzt gewesene Verbandstag des Deutschen Eisenbahnerverbandes sei aus Furcht vor der Opposition bis zum September vertagt worden. Was es mit dieser Behauptung auf sich hat, beweist die Tatsache, daß satzungsgemäß alle zwei Jahre eine ordentliche Generalversammlung stattzufinden hat. Die letzte tagte vom 12. bis 18. September 1920 in Dresden. Die Einberufung der jetzt fälligen Generalversammlung für die Zeit vom 10. bis 16. September nach München beweist, daß der Vorstand noch den Satzungen handelt. Die „Rote Fahne" schreibt weiter, daß der Vorstand eine Konferenz sämtlicher örtlicher Bevollmächtigten nach Hannover einberufen hatte, die von 300 Teilnehmern besucht war. Die Teilnehmerzahl war 200. Unwahr ist auch die Behauptung, eine Delegation aus Düsseldorf sei zur Konferenz erschienen und habe gegen deren Abhaltung protestiert. Wahr ist, daß ein Schreiben aus Düsseldorf einlief, das von falschen Voraussetzungen ausging. Schließlich wird dem Vorsitzenden Scheffel unterstellt, daß er in einer Berliner Versammlung erklärt habe, er und seine Richtung seien in der Minderheit. Demgemäß genügt es, darauf hinzuweisen, daß unter 78 Mitgliedern des erweiterten Vorstandes genau **vier** Kommunisten sind.

Diese wenigen Richtigstellungen dürften genügen, um zu zeigen, in welcher Weise die „Rote Fahne" sich täglich bemüht, mit den verwerflichsten Mitteln die Mitglieder des DEV gegen ihren Vorstand aufzuhetzen.

Ein Austritt aus der Reichsgewerkschaft.

Die Fachgewerkschaft 6 der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und -anwärter (Sitz Kassel) besteht aus „fachgeprüften" Eisenbahnobersekretären, Eisenbahninspektoren und -oberinspektoren und Eisenbahnamtsmännern. Diese Fachgewerkschaft hat am 10. April in Berlin eine Sitzung des erweiterten Vorstandes abgehalten, die beschloß, den Austritt aus der Reichsgewerkschaft **sofort zu vollziehen**. Vom geschäftsführenden Vorstande ist alles vorzubereiten, um den Anschluß an die in Aussicht stehende **Gründung einer neuen Eisenbahnbeamten-Organisation** auf vertikaler Grundlage und in Verbindung mit dem Deutschen Beamtenbund herbeizuführen. Ueber den Anschluß an die neue Organisation soll erst der Fachtag beschließen.

Die Reichsgewerkschaft hatte auf ihrer Tagung bereits mit dem Austritt dieser Fachgruppe gerechnet, deren Ausschluß beantragt worden war.

Lohnverhältnisse der Gastwirtsangestellten.

In einer Versammlung der Cafékellner sowie des Hilfs- und Küchenpersonals in Cafés in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch gab **Wieseke** den Schiedsspruch bekannt, der am 28. März vom Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium gefällt wurde. Den Kellnern wurde ein **Zuschlag von 200 M. monatlich** auf die Grundlöhne zugesprochen; für das gelernte Küchenpersonal tritt eine Erhöhung der Löhne um 10 Proz. ein und für das übrige Personal eine solche von 25 Proz. Lehrlinge, die Kost und Logis erhalten, bekommen keine Zulage; die übrigen erhalten für Kost und Logis zusammen 300 M. Damit sind die Arbeitsbedingungen für die Küchenherd- oder Maschinenmädchen nicht verbessert, sondern sogar **verschlechtert** worden, soweit sie Kost und Logis vom Arbeitgeber erhalten. Ihnen ist zwar ein Zuschlag von 25 Proz. auf die bestehenden Löhne zugesprochen worden, dagegen müssen sie nach dem Spruch für Kost und Logis statt wie bisher 20 jetzt 30 M. an den Arbeitgeber zahlen, so daß die Zulage dadurch fast vollständig **aufgehoben** ist. Auch die übrigen paar Mark verbleiben den genannten Küchenangestellten nicht, weil sie infolge des **höheren Steuerabzuges** fortfallen. Nach einer genauen Berechnung ergibt sich sogar, daß für die so bedachten weiblichen Kräfte der vor dem Spruch bezahlte Lohn von 300 M. durch den Spruch noch um etwa 5 M. **verringert** worden ist.

Ein Versuch des Arbeitnehmerkartells, die Arbeitgeber zu veranlassen, hier nachträglich noch eine Lohnaufbesserung zu gewähren, ist mißlungen. Da der Schiedsspruch nur für April Geltung hat, wurde er angenommen, doch müssen in den nächsten Tagen **neue Lohnforderungen** gestellt und dabei insbesondere versucht werden, die durch den Schiedsspruch geschädigten Küchenarbeiterinnen besser zu stellen. Ueber die Höhe der neuen Forderungen wurden noch keine Mitteilungen gemacht. — Nach einem Vortrage über Schaffung eines Industrieverbandes wurden Verbandsangelegenheiten erledigt.

Mißbrauch des Telegraphendrahts. Dem „B. T." telegraphierte sein t-Korrespondent in **Osnabrück**, der Internationale Gewerkschaftsbund (in Amsterdam) habe die dortige sozialdemokratische Druckerei erworben, um sie zu einem großen Unternehmen auszubauen. Wenn dieser t-Korrespondent unser Osnabrücker Parteiblatt einmal angesehen hätte, müßte er finden, daß es sich um eine Gesellschaft in Osnabrück handelt, die sich unter der Firma „Die Internationale" gebildet hat.

Aus Ungarn wird gemeldet, daß die zum 10. April angedrohte Aussperrung der **Metallarbeiter** in Budapest unterbleibt, da weiter verhandelt wird. Die **Textilarbeiter** sind in den Streik getreten, da es zu keiner Verständigung mit den Unternehmern kam.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug

der

19. Preuß.-Südd. (245. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 1. Ziehungstag. — 11. April 1922.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. — Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 490 Mark gezogen:

4 zu 15000 M. 9312
2 zu 10000 M. 235300
12 zu 5000 M. 9013 43783 190154 259815 283818 295855
150 zu 3000 M. 2214 4693 7381 14817 15413 17053 20128 20805 21699 24117 25480 26857 27713 27773 28922 29503 32031 39894 44596 46877 55298 61182 65827 68209 70115 78754 86184 101117 112979 119186 123161 123369 124806 127107 129078 145115 146451 147538 150809 153438 156856 157153 157750 182149 183879 195565 203167 208379 210320 210347 214209 216105 220909 221133 223781 224876 232249 234296 246828 254025 270616 271821 280030 284543 285697
442 zu 1000 M. 1953 4876 5456 5654 6447 7822 11573 13698 14941 17949 20104 22546 23862 23875 24188 26678 29307 30102 31543 32416 34948 35454 37134 38874 40118 44160 44550 45709 47714 48101 50626 50680 51707 51799 57177 57781 60680 65765 66334 69445 73894 75126 77256 78130 79415 80755 83609 86225 87374 91217 91788 92496 93093 94899 94301 94700 94907 95033 97389 97489 101131 102554 103419 107928 108023 108848 109214 109193 110295 111494 111258 112223 113307 113701 113786 115675 116017 118444 119201 119429 120092 123111 123977 124461 124663 129081 131561 134157 135111 138434 140348 141735 144017 147552 149263 149477 149671 150916 151036 151702 151113 151370 153900 156466 157599 157799 161975 162472 163066 165080 166205 167070 167631 170453 170705 172669 173594 173634 175648 175267 175623 176029 176148 176976 180400 181962 183165 184320 186527 190011 191144 191116 191436 196283 196857 197750 197954 198331 199161 202174 202403 202960 203030 203380 204627 205689 211163 212716 214164 214651 215643 216705 216756 218659 220036 220395 221053 221301 223698 224472 225637 226200 227101 228246 229851 230184 230603 231302 232329 235419 235570 231283 237163 240110 240212 243246 243336 243947 246104 246485 247635 248626 249465 259537 260084 260891 263365 263795 265643 266880 266999 266611 267761 264222 267132 264657 266267 268729 270672 271791 272412 274866 276662 277125 277577 278734 279038 280230 281197 287065 287204 288723 291898 293839 293851 294048 296142 297714 298745 299303

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 490 Mark gezogen:

2 zu 50 000 M. 80673
2 zu 40000 M. 60486
18 zu 5000 M. 73181 94540 101874 159842 172934 195369 209539 230523 251217
104 zu 3000 M. 2726 9841 24436 26513 31541 32450 35677 41816 43832 42924 46543 52436 58101 67993 74345 75944 78463 82564 86572 91998 94237 95055 96795 99912 100426 110940 110155 114725 120061 121093 155943 158456 161389 1651 0 173771 198036 216350 214678 216554 229174 235668 237649 254747 256619 258879 271934 274731 276932 279613 281951 289658 289745
354 zu 1000 M. 5379 5272 5801 6905 7326 7327 7394 8194 9931 11858 12196 15814 16199 18807 18963 19007 19250 19641 11941 28391 31176 31586 31727 33193 36817 38140 39604 43699 44041 45934 45985 48870 51708 52333 53858 56050 57815 61192 63488 64762 65009 67279 68643 70523 71092 74492 76090 77540 78495 79910 81035 82114 84212 84765 86183 88543 89048 90094 90419 90488 94087 96721 97233 97430 99749 104890 106438 107191 108312 108542 109208 113593 114374 116432 116469 111183 114747 1258 125478 126572 126198 128409 129054 134030 134517 135110 137844 137907 139444 140549 141043 141868 144827 145335 145665 147419 147171 148968 148616 150193 151513 150114 151690 153212 152165 153593 155742 155956 156191 159495 161039 160444 171504 171659 172474 174744 181155 18436 18541 187104 188189 194163 194405 195096 202771 207284 207556 207360 207692 208542 209666 212613 215915 217628 219316 227320 229131 232816 233000 238188 240094 243041 243188 244154 244564 246430 246635 252644 256199 262846 263835 265176 157907 269702 262136 263236 263767 26433 264582 266098 270894 271853 274103 274742 27 808 276176 280487 281994 282013 283193 285060 285610 287097 290441 290608 291272 297120

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotterie-Einnehmern zur unentgeltlichen Einsicht ausliegen.

Unser Oster-Angebot:
Mäntel in engl. Stoffart, flotte Formen, M. 325.- bis 1100.-
Mäntel prima Covercoat, neueste Form, M. 595.- bis 1795.-
Kleider in verschied. Wollstoffen ..... M. 198.- bis 1695.-
Kleiderröcke marine u. schwarz, modern verarbeitet ...... M. 145.- bis 795.-

Wichtige Mitteilung an jede Hausfrau!
Bevor Sie Ihren Bedarf in Damenkonfektion decken, versäumen Sie es bitte nicht, sich von unserer großen Auswahl und Preiswürdigkeit zu überzeugen. Wir haben unsere Spezialabteilung für Damenbekleidung bedeutend vergrößert und sind durch großzügige eigene Anfertigung ganz besonders leistungsfähig.
Warenhaus Wilhelm Stein
Berlin N. 39. Chausseestraße 70-71

Bezirksverband Berlin SPD. 93. Abt. Neukölln.
Unser Genosse
Albert Porath
ist in jugendlichem Alter am 10. April gestorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet Donnerstag, nachm. 5½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.
Rege Beteiligung erwartet 3/18
Die Abt.-Leitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83 85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.
Donnerstag, den 13. April, nachm. 4½ Uhr
Branchenversammlung
aller in den Gold- und Silberberufen beschäftigten Kollegen und Kolleginnen
im „Dresdener Garten", Dresdener Str. 45.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. 2. Diskussion.
Es ist unbedingt notwendig, daß alle erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Graveure und Ziseleure!
Donnerstag, den 13. April 1922, nachmittags 5 Uhr
Versammlung
sämtl. Kollegen u. Kolleginnen, die unter den Bestimmungen d. Reichstarifs arbeiten
im „Alexandriner", Alexandrinenstr. 37a (Saal 2).
Tagesordnung: 1. Aussprache über das Ergebnis der letzten Verhandlungen am 3. und 4. April 1922. 2. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet
116/11 Die Ortsverwaltung.

Gold- Silber- Platin, Brillanten etc. allerhöchste Tagespreise!
C. Käferle, Juwelier
Frankfurter Allee 276
Nähe Ringbahnhof
Fahrgeld wird vergütet!

Zum Osterfest!
Gestreifte Hosen in schönen Mustern, Breeches, schwarze Hosen, Bauchhosen; auch Manchester-engl.-Leder u. neuen Arbeitshosen, Militärhosen
Größte Auswahl in allen Längen und Weiten
München-Gladbacher Hosen-Zentrale
NW 87, Beusselstraße 39 (Blauer Laden) NW 87.
Fahrgeldvergütung | am Ringbhf. Beusselstr. | Fahrgeldvergütung

Gold-, Silber-, Platin-Bruch- u. Münzen Alte Metalle u. Quecksilber kauft zum höchsten Tageskurs
Gehlhaar, Waldemarstr. 61

MÖBEL
kaufen Sie sehr vorteilhaft im
Spezial-Möbelhaus
G. CAMNITZER
Schönhauser Allee 82
Ecke Weißenburgerstraße, am Ringbahnh. Schönhauser Allee und Hochbahnst. Nordring
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung

Führer zu wahrhaft sittlicher und glücklicher Ehegemeinschaft ist das neue Buch von Dr. Sophie Schöfer
Das Eheproblem
Preis 12 Mark
Buchhandlung VORWÄRTS BERLIN SW 68 Lindenstraße 2

Restehandlung
Haarpuder
Goltzstr. 2 a.d. Grunewaldstraße
Herren- u. Damenstoffe, Seiden, Samt, sämtl. Futterartikel bedeut. unter Preis

Haut-, Harn-, Geschlechts-
Unterleibsleiden, Syphilis, frisch u. veraltet, bei Männern und Frauen; ohne Berufsstörung. Heilverfahren über 20 Jahre bewährt durch Hunderte Geheilte. — Sprech- und Behandlungszeit: 9—1, 4—7½, Sonntag: 9—1. — Heilanstalt f. elektro-physik. und Licht-Therapie u. Naturheilverfahren, Berlin SO 16, Brückenstraße 10b (Bahnhof Jannowitzbrücke)
Professor Dr. med. Mistelsky, Arzt,
im Auslande ernannt, diplomiert und approbiert
30 jährige Praxis

Passage-Bad Kottbuser Damm 79
vollständig renoviert, verabreicht folgende Bäder: Wannen-, Sol-, Fichtennadel-, Stahl-, Russ.-röm., Schwefel-, Kohlensäure-, Licht-, Lohtannin-, Dampfkasten-, sowie sämtliche medizinischen Bäder.
Lieferant sämtlicher Krankenkassen
Russ.-röm. Bad f. Damen Mittwoch 10-1

Spezialarzt Dr. Feldmann
behand. schnell gründlich, mögl. schmerzl. u. ohne Berufsstörung, Geschlechtskrankheiten, geh. Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erpr. Methoden Harn- u. Blutuntersuchung
Königstr. 34-36, Bahnhf. Alexdpl. Spr. 10-1, 5-7½, Sonnt. 10-1.

Von unten auf
Ein neues Buch der Freiheit
Gesammelt und gestaltet von Franz Diederich
Aus dieser umfassenden Sammlung sozialer Dichtungen winkt dem Proletariat Freude am Leben u. Kraft zum Aufschwung. Ein dichterisches Andachtsbuch für den Sozialisten, das auch jeder Vortragende bei Veranstaltungen benutzen sollte.
Schön in Halbleinen gebunden 35,— Mk.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 2